

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 4

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wird die Sowjetunion «Wirtschaftskolonie» Osteuropas?

Die Sowjetunion fühlt sich in ihren Handelsbeziehungen mit den osteuropäischen Ländern übervorteilt. Sie sieht sich zunehmend in die Rolle des Rohstofflieferanten gedrängt, auf dessen Kosten die Partner ihre Verarbeitungsprodukte entwickeln und exportieren können. Diese Rollenaufteilung, die dem Verhältnis zwischen den ehemaligen Kolonien und den Industrieländern entspricht, erweckt in Moskau um so grösseres Unbehagen, als die Rohstoffpreise gegenüber den Industrieprodukten immer uninteressanter werden.

Die Betrachtung der Sowjetunion als Wirtschaftskolonie jener Staaten, die selber in politischer Beziehung weit eher als Kolonien der UdSSR dastehen denn umgekehrt, wirkt zunächst paradox. Und doch entspricht sie einer sowjetischen Darstellung, die innerhalb des letzten Jahres an Konsistenz gewonnen hat. War die These ungünstiger Handelsbedingungen im Mai 1966 noch relativ leidenschaftslos als Gegebenheit des gegenwärtigen Warenaustausches geschildert worden, so ist inzwischen auch die Unzufriedenheit über die jetzige Preisregelung deutlich geworden.

Im Organ des Institutes für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR war der Oekonom O. Bogomolow im letzten Frühling zum Schluss gekommen, dass die industriell entwickelten Comecon-Länder CSSR, DDR, Polen und Ungarn auf Kosten der UdSSR ihre Veredelungsindustrie ausbauen könnten, da sie ihren Brenn- und Rohstoffbedarf immer weniger aus der inländischen Produktion deckten und immer mehr auf die sowjetischen und mongolischen Reserven zurückgriffen. Dieser Trend sei für die Sowjetunion sehr ungünstig, da die Erschliessung von Brenn- und Rohstoffressourcen bedeutende Kapitalinvestitionen erfordere und überdies der Rohstoffexport bei den gegenwärtigen Weltmarktpreisen kaum gewinnbringend sei.

Diese Argumentation hat tatsächlich ihre statistische Unterlage, beliefert doch die UdSSR alle RGW-Partner mit mehr als der Hälfte aller Rohstoffe, Brennstoffe und Materialien. Ihr diesbezüglicher Anteil innerhalb des Comecon-Systems ist von 41 Prozent im Jahre 1955 auf 56 Prozent im Jahre 1965 gestiegen.

Die unzureichende Rentabilität der sowjetischen Rohstoffexporte in die RGW-Länder beschrieb Bogomolow anhand des Kostenaufwandes:

«... So ist zum Beispiel der Kapitalaufwand der sowjetischen Ausfuhr der wichtigsten Roh- und Brennstoffarten in die RGW-Länder schätzungsweise drei- bis dreieinhalbmal höher als der Kapitalaufwand zur Produktion von Maschinen, die als Bezahlung der Roh- und Brennstoffe geliefert werden. So muss man, um beim Export von Eisen- (.. usw.) fünf- bis achtmal mehr in die Volkswirtschaft unseres eigenen Landes investieren, als dies beim Export von Maschinen der Fall wäre...»

Der Bumerang

Wie weit diese sowjetische Darstellung die ganze Wirklichkeit umfasst, ist insofern ungewiss, als man die Preise

für die Fertigprodukte nicht kennt, welche die Sowjetunion ihrerseits an die RGW-Partner zahlt. Hier wäre eine Kompensation denkbar, die natürlich die Wertverhältnisse im gegenseitigen Warenverkehr beeinflussen würde. Soweit die gegenwärtige Preispolitik im RGW-Handel die UdSSR benachteiligt, ist ferner nicht zu übersehen, dass es gerade die Sowjetunion war, welche seinerzeit in ihrem Machtbereich jene Wirtschaftspolitik durchgesetzt hat, die nunmehr unerwünschte Folgen zeitigt. Bei geringerer dogmatischer Verhärtung und grösserer ökonomischer Einsicht hätte man damals schon voraussehen können, dass sich das sture Schema «Rohstoffe gegen Maschinen» eines Tages als Bumerang erweisen werde.

Aenderungsvorschläge

Wie dem immer sei, das Ausmass der Unzufriedenheit über die gegenwärtige Preisgestaltung im RGW-Handel ist in Moskau mittlerweile grösser geworden. In der offiziellen Monatszeitschrift des Moskauer Aussenministeriums, «Wneschnaja torgowlja», hat K. Popow dem Wunsche nach einer Aenderung unmissverständlich Ausdruck gegeben:

«Unter dem gegenwärtigen System der Bildung von Grosseinhandelspreisen in den sozialistischen Ländern ist das Preisniveau für Roh- und Brennstoffe beträchtlich niedriger als dasjenige für Güter mit hohem Verarbeitungsgrad... Die Anwendung dieser Methode auf die Bildung unserer eigenen Preisbasis würde dazu führen, dass etwa die Hälfte aller Exporte der UdSSR in die andern sozialistischen Länder im Vergleich zu den Preisen unserer Importe in absolut ungerechtfertigter Weise beträchtlich unterbewertet würde.»

Im Jahre 1965 (dem letzten, für das vollständige Aussenhandelszahlen verfügbar sind) beliefen sich die sowjetischen Exporte in die sozialistischen Länder auf rund 5 Milliarden Rubel. Demnach würde die Darstellung Popows bedeuten, dass die UdSSR für Güter im Wert von rund 2,5 Milliarden Rubel pro Jahr erheblich unterbezahlt wird.

Für Moskau, das jahrelang auch als wirtschaftliche Hegemonialmacht innerhalb des Comecon fungierte, ist diese Situation sicherlich unerfreulich. Popow geht zwar nicht so weit wie die «New York Times», die der UdSSR die Etikette einer Art «wirtschaftlicher Kolonie Osteuropas» anhängte. Aber er verlangt für die sowjetischen Roh- und Brennstoffe eine Bezahlung, die ganz eindeutig über dem Niveau der gegenwärtigen RGW-Preise liegt. Aus den weiteren Ausführungen der Aussenhandelszeitschrift geht hervor, dass

die Korrekturen in erster Linie in einer engeren Anlehnung der RGW-Preise an die Weltmarktpreise gesehen wird. Damit würde das gegenwärtige System der Fixpreise oder doch der durch langfristige Verträge festgelegten Preise in Richtung auf eine Berücksichtigung der Schwankungen abgeändert, denen die Preisnotierungen für Rohstoffe auf den Weltmärkten unterliegen.

Besseres für die Jugend

Die Tschechoslowakei erwägt jetzt endlich doch, für ihre Teenager eine ihnen entsprechende Jugendbewegung zu gründen.

In einer Sendung von Radio Prag wurde am 22. Januar erklärt, dass die jetzt bestehende Jugendorganisation noch in diesem Jahr eine grundlegende Reorganisation erfahren würde.

Das könnte bedeuten, dass in Zukunft die einzige in der Tschechoslowakei zugelassene Jugendorganisation Tanzabende veranstalten will, sowie gesellschaftliche Veranstaltungen, Gesprächs- und Diskussionsabende und Ausflüge, wie es die Teenager und teilweise sogar ihre Eltern seit Jahren gefordert hatten.

Gegenwärtig ist das Hauptziel der Jugendorganisation noch Schulung und Fürsorgearbeit. Die offizielle Mitgliedschaft in dieser Organisation beträgt etwa 1 250 000 oder etwa 52 Prozent des dafür in Frage kommenden Personenkreises; aber selbst parteiamtliche Stellen räumen ein, dass für Tausende diese Mitgliedschaft rein nominell ist. Dennoch hat es geraume Zeit in Anspruch genommen, bis die Tschechoslowakei sich dazu entschloss, hier eine Aenderung zu schaffen.

Die Jugendorganisation wurde seit Jahren heftig angegriffen, und bereits im Juli 1965 veröffentlichte das Parteiorgan «Rude Pravo» eine Reihe von Umfragen, in denen weniger als ein Prozent der interviewten Kinder erklärten, sie seien an der «guten Arbeit» der Jugendorganisation sehr interessiert. Die meisten wünschten sich so etwas wie die verbotene Pfadfinderbewegung.

Die Reformvorschläge sehen vor, dass die Organisation die Bildung von Hobby-Clubs genehmigt und dass die jüngeren Jahrgänge ausserhalb der Schulen, die sie jetzt noch besuchen müssen, zusammenkommen können.

UNO und Tito

Im Rahmen des UNO-Entwicklungsprogramms hat Jugoslawien im Laufe der vergangenen 15 Jahre rund 9,5 Millionen Dollar erhalten und aus eigenen Mitteln gleichzeitig 1,5 Millionen Dollar für die Finanzierung der Entwicklungsprojekte aufgewendet. Bis einschliesslich Februar 1966 wurden aus dem UNO-Sonderfonds sechs Entwicklungsprojekte für Jugoslawien genehmigt, die entweder bereits durchgeführt oder jugoslawischen Experten zur Weiterbearbeitung übergeben wor-

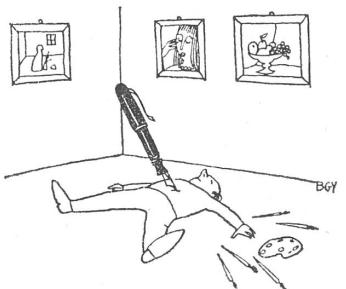
den sind. Dazu gehören mehrere Ausbildungszentren für wirtschaftliche und technische Kader, eine Vorstudie für die Regulierung des unteren Flusslaufes der Neretva, verschiedene Projekte zur Erforschung der Anwendungsmöglichkeiten von Isotopen in der Landwirtschaft, der Wiederaufbauplan der (durch Erdbeben zerstörten) Stadt Skopje, ein Forschungszentrum für Fragen des Wohnungs- und Städtebaus sowie die Vorstudie für die Regulierung des Flusslaufes der Vardar. Die sechs genannten Entwicklungsprojekte erforderten einen Aufwand von rund 6 Millionen Dollar.

Im Juni 1966 wurde Jugoslawien aus dem Sonderfonds der UNO eine weitere Million Dollar für die Regulierung der Save zugebilligt. Weitere Entwicklungsvorhaben werden gegenwärtig geprüft, so u. a. das Raumplanungsprojekt an der südlichen Adriaküste rund um die Stadt Dubrovnik, wobei der weiteren Entwicklung des regionalen Fremdenverkehrs besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll.

Von den insgesamt 31 729 UNO-Stipendien für technische Fachleute hat Jugoslawien bisher 4655 erhalten. Dank diesen Mitteln konnten u. a. 245 jugoslawische Fachleute im Ausland und 195 ausländische Fachleute in Jugoslawien an Hoch- und Fachschulen weitergebildet werden.

Kurze Blüte

Zweimal innerhalb eines Monats wurden Ausstellungen ungenständlicher Kunst in Moskau auf offizielle Weisung geschlossen. Im letzten Fall von Mitte Januar handelte es sich um eine Schau von 70 Gemälden, wobei keiner der elf vertretenen Künstler als Anhänger des «sozialistischen Realismus» hätte bezeichnet werden können. Diese 70 Blumen blühten genau eine Stunde lang, bevor der amtliche Schliessungsbefehl kam. Der Grund für diese neuerliche Intoleranz ist nicht leicht zu finden, nachdem im Laufe des vor-



«Ludas Matyi», Budapest

hergehenden Jahres mehrere erfolgreiche Ausstellungen moderner Kunst in Moskau stattfinden konnten. Jedenfalls scheint in der darstellenden Kunst das Liberalisierungsjahr 1966 keine Fortsetzung zu finden.

Allerdings enthielt diese letzte Ausstellung etliche Werke von ausgesprochenem abstraktem Charakter. «Serow würde umfallen, wenn er hier wäre»,

soll ein Zuschauer laut Reuter bemerkt haben. Unter den Ausstellern befanden sich Künstler wie Rabin, Schwerew, Plawinski und Nemuchin, die schon häufig Schwierigkeiten mit den Neostalinisten gehabt hatten.

Die Enttäuschung des «modernistischen Publikums» in Moskau ist daraus zu ersehen, dass es erstmals seit dem Dezember 1965 wieder zu einer öffent-

lichen Protestkundgebung vor dem Puschkin-Denkmal in der Gorkistrasse kam. Die Polizei griff, anscheinend nach einigem Zögern, ein und verhaftete mehrere Demonstranten. Die moderne Kunst wird offiziellerseits anscheinend noch immer als gefährlicher empfunden als der Ruf, in archaischen Vorstellungen befangen zu sein.

Mehr Gewerkschaftsfreiheit in Jugoslawien

Die jugoslawischen Gewerkschaften sind auf dem Weg dazu, ihren Charakter als blosses Instrument der Partei zu verlieren. Sie gewinnen fortlaufend mehr Freiheiten und fühlen sich allmählich als die spezifischen Verteidiger der Arbeiterinteressen in den einzelnen Unternehmen. Auch gehören sie zu den hauptsächlichsten Verfechtern der praktischen Verwirklichung jener Rechte, die theoretisch eigentlich bereits in Verfassung und Parteiprogramm gewährleistet sind.

Laut der klassischen kommunistischen Konzeption haben Gewerkschaften in einem sozialistischen Land keine spezifischen Interessen mehr zu erheben, da die Macht ohnehin in den Händen des Proletariats liegt. Insbesondere können in dieser Sicht keine Arbeitsniederlegungen stattfinden, da die Arbeiter schliesslich nicht ihre eigene Macht bestreiten könnten.

Indessen hat man sich in Jugoslawien mit dieser dialektischen Auslegung schon seit einiger Zeit nicht mehr zufrieden gegeben. Die Frage nach der Rolle der Gewerkschaften in einem sozialistischen Land und unter besonderer Berücksichtigung des jugoslawischen Systems der Arbeiterselbstverwaltung wird heute in fast jeder erdenklichen Form gestellt. Insbesondere wird das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften diskutiert. Vor drei Monaten erklärte ein (in der Presse nicht namentlich genannter) kroatischer Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaften müssten sich «von den staatlichen und politischen Körperschaften lösen, an die sie wie siamesische Zwillinge gebunden sind». Er fügte hinzu, die Gewerkschaften sollten «nicht irgend jemandes Instrument sein, sondern vielmehr eine Organisation, welche es den Werktätigen ermöglicht, ihre Rechte wirksam zu schützen» («Politika», Belgrad, 17. November 1966). Dieser Zusatz richtet sich offensichtlich gegen die herkömmliche Parteiauffassung, wonach die Gewerkschaften, wie die andern Massenorganisationen auch, als «Transmissionsriemen» der Partei zur Bevölkerung zu betrachten seien.

Solche Ansichten sind nicht vereinzelt. Man trifft sie nicht nur unter Gewerkschaftlern, sondern auch in ausgesprochenen Parteikreisen an. So hatte Veljko Vlahovic, erster jugoslawischer Parteitheoretiker und Präsidiumsmitglied, im letzten November in Zagreb erklärt, man müsse zwischen Gewerkschaften und Partei einen Unterschied machen. Letztere dürfe die Gewerkschaften nicht länger dominieren.

Allerdings: Wenn jugoslawische Gewerkschaftsführer solche Aufforderungen befolgen, so führt das immer noch zu Konflikten mit Parteistellen. Insbesondere war der Präsident der jugoslawischen Gewerkschaften, Svetozar

Vukmanovic-Tempo, mit Belgrader Zeitungen in eine Serie von Polemiken verwickelt, die um die Arbeiterrechte gingen. Im Dezember des letzten Jahres distanzierte sich das Gewerkschaftspräsidium öffentlich von der Darstellung der Regierung, wonach die Arbeiterlöhne rascher angestiegen seien als die Arbeitsproduktivität (was zur Begründung der inflationären Tendenzen angeführt wurde).

Die Gewerkschaften sind sich auch ihrer eigenen Rolle bei Wahlen und im Parlament bewusst geworden. An der Januarsitzung des Gewerkschaftspräsidiums in Belgrad wurde eine Resolution angenommen, welche die Gewerkschaftsorganisationen ermutigte, als Kandidaten für die allgemeinen Wahlen vom April 1967 «jene fähigen und schöpferischen jungen Männer aufzustellen, welche in der Periode der letzten 15 Jahre der Arbeiterselbstverwaltung aufgewachsen sind».

Die Gewerkschaften haben eine eigene Stellungnahme zum System der Arbeiterselbstverwaltung ausgearbeitet und fordern durchaus offen jene Kreise heraus, welche diese jugoslawische Spezialität in der bisherigen Anwendung «idealisiert», wonach die Arbeiter mehr als Objekte denn als Subjekte betrachtet worden seien. Das Selbstverwaltungssystem sollte, so betonte die Monatszeitschrift «Jugoslawische Gewerkschaften» im Dezember 1966, «nicht im Namen der Werktätigen, sondern durch die Werktätigen ausgeübt werden».

Ein Auftragswerk entsteht

Vier Kunstmaler aus dem Bezirk Gera haben, so berichtet die ostdeutsche «Volkswacht», einen Vertrag mit dem FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) abgeschlossen, der sie verpflichtet, zu Ehren des 7. SED-Kongresses würdige Werke zu produzieren. So kam es gewissermassen zu einer Gemeinschaftsarbeit zwischen Parteifunktionären und Künstlern, und die Entwicklung dieses Werkes ist für die konkrete Entwicklung des ostdeutschen Kunstschaffens recht interessant.

Der Vertrag ist erst nach Atelierbesu-

Haben Sie Courage für ROMANO in «safari»?

ROMANO ist ein Anzug im YOUNG STYLE. Und YOUNG STYLE heisst soviel wie Courage. «Safari» ist seine Farbe. Ein sandfarbenes Beige. Wirklich einmal anders.

Selbstverständlich hat dieser Anzug modisch schmale Schultern, eine betonte Taille und ist gegen unten leicht godiert (glockenförmig also).

Der Stoff: Kammgarn aus Trevira mit 45% Schurwolle.

Verarbeitung: RITEX! Sie sehen's gleich beim Probieren.



Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen

chen und freundschaftlichen Aussprachen über die Entwürfe unterzeichnet worden. Dabei hatten die FDGB-Funktionäre sehr konkret zu verstehen gegeben, was sie von ihnen erwarteten. Der Maler Rudolf Klose, der «Ein Paar vor dem Schaufenster» vorstellte, konnte zwar ein grundsätzliches Einverständnis mit dem Entwurf verbuchen, der, wie bestätigt wurde, «aus dem Leben gegriffen» war. Aber dann kamen die kritischen Hinweise: Das «optimistische Anliegen» müsse deutlicher unterstrichen werden. Das Bild zeige «nicht genug Bezogenheit», stellte ein anderer fest und schlug «etwas mehr Spiegelung» vor: «Was ringsum ist, solltest du ins Bild bringen», und zwar «im freudigen Spiel von Formen und Farben». Auch das Kleid im Schaufenster fand nicht den ungeteilten Beifall der Funktionäre: «Ob nicht ein moderneres Modellkleid dem neutralen Stilkleid der Schaufensterpuppe vorzuziehen wäre?» Genosse Töpel, Referent für Bildende Kunst beim Bezirksrat, gab schliesslich zu bedenken, «dass nach wie vor solche Werke zu fördern sind, die Menschen in der Arbeit zeigen». Aber er musste sich dem Argument beugen, dass «natürlich auch Darstellungen aus der übrigen Lebenssphäre... auf Bereiche der Gefühls- und Gedankenwelt wirken, die für die Entwicklung von Bewusstsein und Moral der sozialistischen Gesellschaft bedeutsam sind».

Der Maler Siegfried Winderlich, der sich das Thema «Meine Familie» mit Grosseltern, Frau und Kind ausgesucht hatte, um, wie er sagte, «die neuen Beziehungen der sozialistischen Familie zum Ausdruck zu bringen», hatte die Grosseltern räumlich etwas von der übrigen Familie getrennt. Das missfiel einem Funktionär: «Trotz notwendiger örtlicher, mitunter auch zeitweiliger Trennung» schliesse doch der Sozialismus durch die starken inneren Beziehungen die Familien zusammen, sagte er. Der Künstler versprach, noch einmal darüber nachzudenken, wie er die Grosseltern etwas näher heranrücken könne.

Ein dritter Künstler, Hubertus Blase, hatte die Thematik «Frohe Menschen beim Tanz» gewählt. Seine Schwarz-Weiss-Skizze fand zwar Anklang, aber die «allzu vielen Mauerblümchen» wurden beanstandet, weil die «den fröhlichen Eindruck verwischen».

Das Kritikergremium will den Künstlern durch weitere Atelierbesuche in bestimmten Abständen behilflich sein und ihnen beim Entstehungsprozess der Gemälde «über die Schulter schauen, helfend und ratend, mit wachsendem Kunstverständnis».

Es ist nicht daran zu zweifeln, dass eine solche Zusammenarbeit Werke hervorbringen wird, die der Bedeutung des 7. SED-Kongresses adäquat sein werden.